

Die FDJ delegiert Deserteure

SED-Sondergesetze und „Asylrecht“ — Ein Propaganda-Trick

Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag konnte man feststellen, daß die Tätigkeit der illegalen FDJ in der Bundesrepublik schlagartig erlahmte. Der FDJ-Zentralrat, dem gleichartige alarmierende Nachrichten zugegangen waren, mußte darum am 3. März zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um Maßnahmen gegen den unerwarteten Rückschlag in der Westarbeit seiner Organisation zu beraten. Auf dieser und einer vorangegangenen Tagung forderten westdeutsche FDJ-Vertreter, den sich für die SED-Ziele einsetzenden westdeutschen KP- und FDJ-Funktionären unbeschränktes Asyl im Falle einer Verfolgung zu gewähren.

Am 2. März wurde von der Volkskammer der einen Tag zuvor vom FDJ-Zentralrat vorgeschlagene „Asyl-Beschluß“ verkündet. Darin wird allen westdeutschen Jugendlichen, die sich „aktiv gegen Militarisierung und drohende Rekrutierung zur Wehr setzen“, Asyl in der Sowjetzone angeboten. Sie sollen dort „ungehindert ihre berufliche Arbeit oder ihr Studium fortsetzen“ können. Dieser Beschluß bildete gleichzeitig die Grundlage der Zentralratsdiskussion vom 3. März.

Rückversichert

Der FDJ-Vorsitzende Honecker erklärte dazu, man habe eine solche Erklärung abgegeben, um „den jetzt vielfach resignierenden Verbandsangehörigen im Westen eine moralische Spritze zu verpassen“. Viele FDJler aus der Bundesrepublik hätten sich bereits zu Beginn der Kampagne gegen die Pariser Verträge rückversichern wollen und gefragt, was aus ihnen im Fall einer Strafverfolgung wegen verfassungsfeindlicher Untergrundtätigkeit werden solle. Dabei sei es bezeichnend für die Moral dieser „Kerntruppe der FDJ“, daß sich die meisten wohlweislich versichert hätten, ob sie im

Falle einer Asylgewährung nicht zur KVP eingezogen würden.

Honecker erläuterte dazu das von der Volkskammer nur in einer polemischen Erklärung ange deutete Asylgesetz, das durch eine Reihe von Sonderverfügungen seinen eigentlichen Inhalt bekäme. Danach ergibt sich folgendes Bild:

1. Asyl erhält, wer nachweislich durch aktive FDJ- oder KP-Arbeit in der Bundesrepublik mit den Gesetzen in Konflikt gekommen ist, einer Strafverfolgung entgegensetzen hat und interne Kenntnisse über die Untergrundarbeit der KP und der FDJ besitzt.

2. Ist das Asyl durch einen Antrag der westdeutschen FDJ- oder KP-Leitung bestätigt und vom Zentralrat akzeptiert, bestimmt das Pankower Innenministerium, wo der „Flüchtling“ einzusetzen ist. Für die Wahl seines Arbeitsplatzes gibt es nur beschränkte Kategorien volkseigener Betriebe, in denen keine Gefahr für Spionage und Sabotage besteht. Der Asylsuchende begegnet dem stärksten Mißtrauen aller kommunistischen Sicherheitsorgane. Er soll nach Möglichkeit in den technischen Zweigen der Landwirtschaft Unterkommen finden.

3. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt, muß damit rechnen, daß er als vermeintlicher „Agent“ wieder abgeschoben wird.

4. Sonderbestimmungen betreffen einen kleinen Kreis „verdienter Funktionäre“, deren Zuverlässigkeit überprüft worden ist. Sie können auf sowjetzonalen Hochschulen studieren. Dafür wird eine entsprechende Anzahl sowjetzonaler Studenten für die Kasernierte Volkspolizei abgezogen.

Neue Arbeitskräfte

Honecker gab offen zu, daß man auf diese Weise Arbeitskräfte als Ersatz für jene Jugendlichen suchen will, die jetzt zur KVP eingezogen werden. Er rechnete sogar damit, daß aus Westdeutschland tatsächlich auch Jugendliche kommen könnten, die nicht zur illegalen FDJ gehören und nur eine Einberufung zu der kommenden Wehrmacht fürchten. Ein Vertreter der Abteilung Westdeutschland erklärte dagegen, das sei mit Sicherheit nicht anzunehmen. Die Informationsberichte aus den westdeutschen Verbänden deuteten „auf andere Perspektiven hin“.

Der bezeichnende Beschluß dieser Tagung: Westdeutsche FDJ-Organisationen sollen zunächst einige „Deserteure“ delegieren, mit denen die Ostpresse die fällige Propaganda-Kampagne eröffnen kann. Prompt brachte das ADN am 4. und 5. März zwei Meldungen: „25 westdeutsche Jugendliche bitten um Asyl in der DDR“, und „6 Jugendliche aus dem Kreis Ansbach wandten sich mit einem Asyl-Gesuch an Ministerpräsident Grotewohl“.

Es sind die ersten, die die FDJ abgeschoben hat.

Aufschlußreich

DT. Es ist eine allzu einfache, allerdings oft geübte Methode, alles, was von den Machthabern in Pankow gesagt und geschrieben wird, ungehört und ungelesen von sich zu weisen. Daß die Deutschen beiderseits der Zonengrenze gegen kommunistisches Propagandagift weitgehend immun sind, ist zwar eine erfreuliche Tatsache, aber man kommt nicht daran vorbei, daß Mitteldeutschland von einer kommunistischen Regierung tyrannisiert wird und alle Maßnahmen dieser Regierung, alle ihre Erklärungen, Absichten und Aufrufe in folgedessen kritisch zum Zweck der Widerlegung und Abwehr registriert werden müssen. Ganz abgesehen davon, daß Worte, selbst wenn sie zu Lügen mißbraucht werden, aufschlußreich für sowjetzonale Tendenzen sein können.

Das trifft vor allem auch zu für die Volkskammerforderung Grotewohls vom Mittwoch, auf der Grundlage des Frankfurter Manifestes eine gesamtdeutsche Volksbefragung durchzuführen unter dem Motto: Bist du für die „friedliche Wiedervereinigung“ oder für die „Pariser Kriegsverträge“.

Übliche Verlogenheit

Über die Verlogenheit dieser Fragestellung braucht allerdings kaum etwas erklärend gesagt zu werden; jeder normale Deutsche ist für die friedliche Wiedervereinigung, so daß sich diese Frage erübrigt, und die Pariser Verträge sind Verteidigungsverträge gegen etwaige kriegerische Handlungen von östlicher Seite.

Trotzdem ist die Volkskammer-Erklärung nicht mit lächelnder Handbewegung abgetan worden. Auch die SPD hat das erfreulicherweise nicht getan. Ollenhauer negiert sie nicht als eine der üblichen dummdreisten Annäherungsversuche der SED. Wenn er sie sehr entschieden zurückweist mit der Bemerkung, das Paulskirchen-Manifest richte sich auch gegen den Kommunismus und die SED schlage sich also mit ihren Forderungen ins eigene Gesicht, so läßt diese Zurückweisung den Schluß zu, daß die Volkskammer-Erklärung

den Sozialdemokraten und ihren Paulskirchenanhängern doch überaus unangenehm ist. Und das kann man nachfühlen.

Denn wenn sich auch das Manifest erwiesenermaßen von allem Kommunismus distanziert, so können, wie es Bundesminister Tillmanns ausdrückte, „die Sozialdemokraten ihre Augen nicht davor verschließen, daß die Kommunisten die Parolen der SPD im Kampf gegen die Pariser Verträge übernommen haben.“

Entwertet

Jede Parole, die sich ein Grotewohl zu eigen macht, wird eben automatisch entwertet! Und das wird zumindest so lange geschehen, wie Grotewohl keine sachlichen Vorschläge unterbreitet. Sein Vorschlag, zunächst die Verträge zu beseitigen und dann Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu beginnen, ist doppelt irreal, weil er als Bedingung gestellt wurde.

Über Vorschläge läßt sich reden, aber Bedingungen wie diese sind keine Diskussionsgrundlage. Wenn Grotewohl sie trotzdem aussprach, so muß sich der an dieser Stelle oft geäußerte Verdacht erneut verstärken, daß Grotewohl in Wirklichkeit eine demokratische Wiedervereinigung sabotieren will, soweit ihm Moskau dies gestattet.

Nicht nur über Pankow, sondern gerade über Moskau ist im Zusammenhang mit der Volkskammersitzung noch ein Wort zu sagen. Aus Moskau kommend sprach sich Mikojan auf der Leipziger Messe für gesteigerte Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland aus. Also keine der gewöhnlichen Hetzreden im sonst üblichen Tonfall derer von Pankow. Das mag Mikojan mit Rücksicht auf die in Leipzig weilenden Westdeutschen getan haben. Aber gerade weil dem

offensichtlich so ist, verdient die Mikojan-Rede Beachtung. Sie verdeutlicht, wie sehr dem Kreml daran gelegen ist, die Verbindungen zu Westdeutschland zu erhalten und weiter auszubauen. Das ist eine Richtlinie Moskaus. Pankow mußte sie sofort befolgen, und so kam es in der Volkskammersitzung zu der aufschlußreichen Äußerung, es sei eine infame Verleumdung Conants, daß nach der Ratifizierung die Zonengrenze gesperrt würde.

Ausbau statt Abbruch

Wie allerdings ein verstärkter Wirtschaftsverkehr mit der Bundesrepublik harmonisch ablaufen kann, wenn gleichzeitig ein politischer Verkehr von Ost nach West durch ständiges Schüren außerparlamentarischer Aktionen gegen die Verträge verstärkt wird, ist vorläufig noch schleierhaft.

Man dürfte deshalb kaum fehlgehen mit der Überlegung, daß auch nach der Entscheidung des Bundestages für die Verträge Moskau primär an einem Ausbau statt an einem Abbruch der Beziehungen mit dem Westen gelegen ist.

Ein solcher Ausbau setzt allerdings eine ungetrübte Atmosphäre auch politisch voraus. Sie wäre sofort vergiftet, wenn sich Pankow an den Zonen- und Sektorengrenzen unfreundliche Maßnahmen erlauben würde. Einige Pessimisten mögen das als Erleichterung vernehmen. Es kommt für den Westen und für den Osten darauf an, eine solche günstige Atmosphäre anzustreben. Denn nur in ihr lassen sich Verhandlungen führen, Ergebnisse erzielen, Erfolge erreichen. Die Bildung einer solchen Atmosphäre fördert allerdings nicht das Gehabe jener Politiker aus Pankow, die ständig von ihrer Existenzangst geschüttelt werden.

Mit Entschiedenheit abgelehnt

Bonn (Eigenbericht/AP/DPA). Der Vorschlag des Sowjetzonen-Ministerpräsidenten Grotewohl, eine gesamtdeutsche Volksbefragung auf der Grundlage des Paulskirchen-Manifestes vorzunehmen, ist in Bonn durchweg mit großer Entschiedenheit abgelehnt worden. Die Fragestellung, die Grotewohl vor-

schlägt, sei verlogen und enthalte eine falsche Alternative. Bundesminister Dr. Tillmanns, der in einer Rundfunksprache Grotewohls Angebot zurückwies, erklärte, man könne dem deutschen Volk nur die eine Frage stellen, nämlich, ob es die Wiedervereinigung in Freiheit oder die volksdemokratische Diktatur wolle.

Fünf Jahre VOS

Berlin (Eigenmeldung). „Gebt die politischen Gefangenen frei.“ Unter dieser Forderung stand eine Feierstunde, die die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) in Berlin aus Anlaß ihres fünfjährigen Bestehens in Anwesenheit von Vertretern des Senats beging. Zum Gedenken an die in Sowjetzonen-Zuchthäusern und Konzentrationslagern verstorbenen Freiheitskämpfer legten die Mitglieder der Vereinigung am Gedenkstein auf dem Steinplatz Kränze nieder.

In einem Bericht wiesen die Vorstandsmitglieder der VOS darauf hin, daß ständig etwa 20 000 Menschen in den Sowjetzonen-Zuchthäusern schmachten.

Befriedigung über Ratifizierung

Lebhaftes Echo im Westen

Berlin (AP/DPA). Die Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag hat in der westlichen Welt ein lebhaftes Echo gefunden. In Washington wurde erklärt, die Ratifizierung liege nicht nur im Interesse Amerikas, sondern aller freien Völker. In London wurde betont, daß die britische Regierung von jeher dem baldigen Inkrafttreten der Pariser Verträge größte Bedeutung beigemessen habe und daß sie jeden Schritt zu diesem Ziel begrüße.

Die Entschließung des Bundestages über die Grundsätze der Wiedervereinigung stimme mit der Haltung der Westmächte auf der Berliner Konferenz überein. Zur Frage der Verhandlungen mit Moskau wurde erklärt, Großbritannien wünsche die Eröffnung derartiger Verhandlungen nach Abschluß der Ratifizierung.

Neutralisierung —

Sowjetisierung

London (DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte in einem von der konservativen britischen Zeitung „Yorkshire Post“ veröffentlichten Interview, die größte Gefahr für Europa wäre eine Neutralisierung Deutschlands, die letztlich eine „Sowjetisierung“ bedeuten würde. Die Wiedervereinigung Deutschlands könne nur im Rahmen einer Gesamtregelung erzielt werden. Der Bundeskanzler wiederholte

Gleichberechtigt im Flugverkehr

Deutsche Lufthansa startet am 1. April

Bonn (Eigenbericht/AP/DPA). Ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung Deutschlands ist jetzt erfolgt: Am 1. April nimmt die Deutsche Lufthansa den kommerziellen Flugbetrieb in der Bundesrepublik auf. Vom 15. Mai an darf der Luftverkehr zwischen dem Bundesgebiet und anderen europäischen Ländern eröffnet werden. Damit schaltet sich Deutschland seit Kriegsausbruch 1939 wieder aktiv in den internationalen Luftverkehr mit ein. Der überseeische Luftverkehr wird vom 1. Juni an beginnen.

Der Auslands-Flugverkehr setzt für die Bundesrepublik die Genehmigung der betreffenden Länder voraus. Einige Länder, darunter Belgien, die Niederlande, Luxemburg und die Schweiz haben sich bereits zu-

stimmend geäußert. Britische Kreise in Bonn erklärten, daß auch Großbritannien in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Die Deutsche Lufthansa verfügt zur Zeit über vier Maschinen vom Typ „Convair“ mit je 60 Sitzplätzen, eine „DC 3“ mit 27 Sitzplätzen sowie drei „Saafir“, die als Schulungsmaschinen vorgesehen sind.

Wieder KP-Prozess

Karlsruhe (AP). Nach zweijähriger Unterbrechung ist das Verfahren gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht wiederaufgenommen worden. Bei der Beweisaufnahme wurde über die Ideologie der Partei verhandelt.

Neue Sowjetnote — schon beantwortet

London (Eigenmeldung/AP). Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte am Dienstag, die letzte sowjetische Note an Großbritannien sei bereits Punkt für Punkt einen Monat vor ihrer Absendung beantwortet worden.

Großbritannien habe schon am 26. Januar auf eine entsprechende Note Moskaus mitgeteilt, daß die britische Regierung die Pariser Verträge ratifizieren werde, weil sie rein defensiv seien und keineswegs im Widerspruch zu dem britisch-sowjetischen Pakt von 1942 ständen. Der Sprecher ließ keinen Zweifel daran, daß Großbritannien den Ratifizierungsprozeß abschließen wird; da das Parlament bereits seine Zustimmung erteilt hat, ist nunmehr die Unterschrift der Königin notwendig.

In der Note hatte die Sowjetunion erneut angekündigt, daß der britisch-sowjetische Pakt bei einer Ratifizierung des Pa-

riser Abkommens annulliert werden würde und die britische Regierung dafür die volle Verantwortung tragen müßte. Die Note enthält ferner scharfe Angriffe gegen die Deutschlandpolitik der Westmächte.

Tumult im Senat

Rom (DPA). Im italienischen Senat kam es bei der Debatte über die Pariser Verträge zu einem Zwischenfall, der beinahe in eine Saalschlacht ausgeartet wäre. Der christlich-demokratische Senator Messe nannte den kommunistischen Senator Sereni wegen seines Diskussionsbeitrages zur Frage der Westeuropäischen Union einen vaterlandslosen Gesellen und Deserteur, der nicht befugt sei, über den Wert italienischer Soldaten zu urteilen. Die kommunistischen Senatoren wollten sich daraufhin auf Messe stürzen. Parlamentsdiener verhinderten jedoch in letzter Minute ein allgemeines Handgemenge.

Moskaus Kurswechsel

Die neue Wirtschaftspolitik kündete sich an

Die sowjetische Wirtschaftspolitik ist mit dem Sturz Malenkows in eine neue Richtung gelenkt worden. Mit der Rückverlagerung des Gewichts auf die Schwerindustrie wird der „Neue Kurs“, der nach Stalins Tod unter der offensichtlichen Initiative von Malenkow begonnen worden war, abgelöst.

Die Änderung der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion und des Sowjetblocks hatte bereits ihre Schatten vorausgeworfen. Am 24. Januar hatte die „Prawda“ bereits in einem zwölfspaltigen parteioffiziellen Artikel den Vorrang der Schwerindustrie proklamiert. Am folgenden Tage wurde der Rücktritt Mikojans als Handelsminister bekanntgegeben. Mikojan gehörte zu den hervorstechendsten Repräsentanten des „Neuen Kurses“. Er ist in diesen Tagen zur Eröffnung der Leipziger Messe in der Ostzone eingetroffen. Diese Tatsache und die Form der Ablösung Malenkows können u. a. auch als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß es sich bei den Vorgängen im Kreml — so sehr auch Machtkämpfe in die Vorgänge hineinspielen mögen — um eine offenbar echte politische Entscheidung gehandelt hat.

Oktober 1953 ...

Am 17. Oktober 1953 hielt Mikojan, der in seiner langen Laufbahn wiederholt die außenhandelspolitischen Belange der UdSSR vertreten hat, seine vielbeachtete Rede, die mit aller Schärfe die Forderung enthielt, das Schwergewicht auf die Leichtindustrie und Konsumgüterproduktion zu legen. Mikojan wies damals darauf hin, daß in den letzten dreißig Jahren die Industrieproduktion der UdSSR um das 29fache gestiegen sei. Davon entfielen jedoch 70 v. H. auf die Entwicklung der Schwerindustrie.

Der Fünfjahrplan wurde jetzt zugunsten der Konsumgüterproduktion verändert, wobei das Warenangebot von Fleisch, Fisch, Butter, Zucker, die Produktion von Stoffen, Möbeln, Nähmaschinen, Rundfunkgeräten und Uhren bedeutend, teilweise sogar um das Doppelte des im Fünfjahrplan vorgesehenen Volumens erhöht werden sollte.

Ein Eingeständnis

„Mit dem Tempo, mit dem wir das Versäumte nachholen,

werden wir wohl sämtliche Skeptiker in Erstaunen setzen“, erklärte Mikojan damals. Besonders bemerkenswert war in jener Rede der unter Stalin undenkbbare Hinweis, daß die Sowjetunion vom Westen lernen könne. Mikojan sagte: „Man kann nicht umhin, die Genossen zu verurteilen, die unter dem Vorwand, einen Kampf gegen die Kriecherei vor dem Fremdländischen zu führen, die ausländische Erfahrung ignorieren und aufgehört haben, sich dafür zu interessieren, sie zu studieren und das auszuwerten, was für uns von Nutzen ist.“

Noch Mitte März 1954 und Anfang April 1954 setzte sich Mikojan auf dem Parteitag der SED dafür ein, „den Kurs auf die verstärkte Entwicklung der Produktion von Massenbedarfsgütern“ fortzusetzen. Zehn Monate später trat er zurück, der „Neue Kurs“ wurde revidiert.

Churchill warnt die Sowjets

Große Überlegenheit des Westens in Atomwaffen

London (AP/DPA). Der britische Premierminister Churchill versicherte im Unterhaus, die Überlegenheit der USA in Atomwaffen sei so überwältigend, daß innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre keine Aggression der Sowjets zu befürchten sei. Die USA seien nach wie vor das einzige Land, das innerhalb weniger Stunden einen groß angelegten Angriff mit Wasserstoffbomben unternehmen könne. Wenn aber die Sowjetunion eines Tages ebenfalls über große Vorräte an Wasserstoffbomben verfüge, dann werde das Risiko eines Krieges möglicherweise geringer werden, „denn beide Seiten werden dann einsehen, daß ein globaler Krieg zur gegenseitigen Vernichtung führt“.

Der Premierminister, der zur Eröffnung der Unterhausdebatte über das britische Verteidigungsprogramm sprach, nannte die Verteidigungspolitik des Westens eine „Verteidigung durch Abschreckung“.

Gleichzeitig brachte die „Prawda“ einen großen Artikel gegen sowjetische Wirtschaftswissenschaftler, die die Politik des „Neuen Kurses“ theoretisch fundiert hatten. Die Wirtschaftswissenschaftler wurden mit den „rechten Restauratoren“ verglichen, „die sich die Wiederherstellung des Kapitalismus zum Ziel gesetzt“ hätten. Die neue Parole war: die Vergrößerung der Produktion von Bedarfsgütern könne „nur auf der Basis der weiteren starken Entwicklung der Schwerindustrie erfolgen“.

Der Umschwung wurde lange Zeit vorbereitet. Bereits Ende September 1954 hatte Chruschtschow in einem Gespräch mit Prof. Bernal erklärt, in der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft werde der Schwerindustrie auch weiterhin die Hauptaufmerksamkeit gewidmet. Das Gespräch wurde erst drei Monate später, nämlich am 24. Dezember 1954, in der Sowjetpresse veröffentlicht — ein mögliches Zeichen dafür, daß diese Probleme in der Führung der Partei für lange Zeit umstritten waren. Wie weit der Prozeß heute abgewickelt ist, läßt sich schwer beurteilen.

Die Welt müsse, fuhr Churchill fort, zu einer allgemeinen Abrüstung kommen, die keiner Nation zu irgendeinem Zeitpunkt Vorteile verschaffe. Aus diesem Grunde habe Großbritannien eine gleichzeitige stufenweise Abrüstung sowohl bei den Atomwaffen als auch bei den herkömmlichen Waffen, bei denen die Sowjetunion überlegen sei, vorgeschlagen. Bis zu einer allgemeinen Abrüstung müsse sich der Westen jedoch die Streitkräfte der Sowjetunion und ihrer Satelliten „vom Halse halten“.

700000 flohen vor den Roten

Paris (Eigenmeldung). Der 700 000. Vietnameser, der seit dem Waffenstillstand in Indochina aus dem von den Kommunisten besetzten nördlichen Teil des Landes nach Südvietnam geflohen ist, traf in Saigon ein. Es ist damit zu rechnen, daß noch weitere 150 000 bis 200 000 Flüchtlinge aus dem Norden kommen.

Traurige Chronik der Sperlingsgasse

Dürftige Bilanz eines Bummels durch Alt-Berlin

Die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ brachte kürzlich einen Aufsatz unter der vielversprechenden Überschrift „Fünf Jahrhunderte werden restauriert“. Wir haben daraufhin einen „Bummel durch das neu erstehende Alt-Berlin“ gemacht. Nachstehend verzeichnen wir die gewonnenen Eindrücke.

Schon die Einleitung der „Täglichen Rundschau“, die besagt, bei einem Spaziergang zu den traditionsreichen Stätten der deutschen Hauptstadt werde bestimmt nicht das Zeughaus, das Opernhaus und die Hedwigskathedrale vergessen, bedarf einer wichtigen Ergänzung.

Das Schloß fehlt

In dieser Aufzählung fehlt an erster Stelle das ehemalige Schloß. Vor vier Jahren wurde das von genialen Meistern im Laufe von Jahrhunderten zum bedeutendsten Bauwerk Berlins geformte Schloß, das zwar im letzten Krieg stark zerstört wurde, aber nach sachverständigem Urteil wiederherstellbar war, durch Sprengung dem Erdboden gleichgemacht.

Aber halten wir uns an den von der „Täglichen Rundschau“ gegebenen Wegweiser. Am Zeughaus wird, um es zu einem teilweise bereits in Benutzung genommenen „Museum für deutsche Geschichte“ auszugestalten, seit Jahren wieder aufgebaut. Die Hedwigskirche hat wieder ihre Kuppel, aber die Umfassungsmauern und die Säulen am Portal sind noch im demolierten Zustand. Das von Gerüsten befreite Opernhaus bietet jetzt im Äußeren das erfreuliche Bild eines widererstandenen repräsentativen Bauwerks, dessen rosa Farbton allerdings umstritten sein dürfte.

Während bei diesen drei Bauwerken mit Recht von Wiederaufbau gesprochen werden kann, ist dieser Ausdruck bei anderen Objekten kaum am Platze.

Das aus friderizianischer Zeit stammende, zur Zeit mit Gerüsten eingehüllte Haus Kupfergraben 7, das im vorigen Jahrhundert dem von Gustav Magnus, Helmholtz u. a. gegründeten Physikalischen Institut als Sitz diente und mehrere Jahre von Max Reinhardt bewohnt wurde, bedarf z. B. nur des seit langem fälligen neuen

Verputzes; es war kaum beschädigt.

Erheblicher waren die Kriegswunden am Marstall, dessen Außenfront im wesentlichen wiederhergestellt ist. Das Ermeler-Haus, in dem die Ratsbibliothek untergebracht ist, kam im Kriege glimpflich davon.

Die Kirchen

Einen traurigen Anblick aber bieten hier in nächster Nähe vor allem die ohne Bedachung noch fortschreitendem Verfall preisgegebenen wuchtigen Mauern der uralten Nikolai-Kirche.

Ebenso „unberührt“ steht noch immer die Ruine der Petri-Kirche. Dagegen weist die Parochialkirche schon seit etwa drei Jahren wieder ein Dach auf, ohne daß aber die Arbeiten im Innern und am Maßwerk der Fenster voranzukommen scheinen.

Auch beim Dom im Lustgarten reichten die von der Kirche und vom Magistrat aufgebrauchten Mittel bisher nur zu Notmaßnahmen, um weiterem Verfall vorzubeugen.

Auf eine Restaurierung aller dieser kirchlichen Stätten geht die „Tägliche Rundschau“ im oben erwähnten Aufsatz mit der „vielsprechenden“ Überschrift bezeichnenderweise nicht ein.

„Planungen“

Deprimierend ist ein Besuch der Sperlingsgasse, die Wilhelm Raabe mit seiner Chronik unsterblich machte. „Um diese Unsterblichkeit auch materiell zu garantieren, hat der Magistrat mit der Renovierung der Raabe-Diele den Anfang gemacht“, schreibt die „Tägliche Rundschau“. Dabei handelt es sich um das Nachbarhaus des eigentlichen Raabe-Hauses, in dem der Dichter wohnte. Letzteres, das früher eine im Märkischen Museum aufbewahrte Gedenktafel trug, hat man nach 1945 verfallen lassen. Hier klafft heute eine geplante Lücke. Geräumt sind in der Sperlings-

gasse auch die vom Krieg verschonten Häuser, die zusehends in Verfall geraten.

Wenig erfreulich ist der Anblick des wohl ältesten Berliner Bürgerhauses am Hohen Steinweg 15. Auch dieses Haus ist jetzt geräumt und nimmt immer mehr die üblichen Spuren des Verfalls an. Daran vermögen die Versicherungen, daß ein Wiederaufbau im Rahmen der Neuplanungen rings um das an der roten Backsteinfassade nunmehr weitgehend renovierte alte Rathaus geplant sei, nichts zu ändern.

Der nüchterne Berliner ist gegenüber solchen „Planungen“ nicht ohne Grund skeptisch. Er denkt u. a. an den einst von E. T. A. Hoffmann und Devrient frequentierten Historischen Weinkeller von Lutter und Wegner am Gendarmenmarkt, von dem Ostzeitaltern schon 1951 zu berichten wußten, daß die Vorarbeiten zum Wiederaufbau begönnen. Aber bis heute hat sich hier keine Hand gerührt.

Es wäre müßig, hier alle Projekte zu verzeichnen, die von ostsektoraler Seite publiziert werden. Wie großspurig sie verkündet und in welchem Miniaturrahmen sie bestenfalls realisiert werden, zeigt ein Beispiel aus den letzten Tagen.

Da hieß es wörtlich: „Die altbekannte Kranzlerecke Friedrichstraße-Unter den Linden soll wiedererstehen...“, worauf dann nach einigen Tagen als „weitere interessante Einzelheit“ mitgeteilt wurde, „das von den Berlinern so lange vermißte Café Kranzler“ werde vorerst noch „als ein mit repräsentativen Ausstellungshallen gekoppeltes Provisorium“ entstehen, einstöckig, mit einem Fassungsvermögen von 120 Plätzen. Den mit der prominentesten Ecke der einstigen Berliner Prachtstraße verknüpften Vorstellungen dürfte so etwas ja bestimmt nicht entsprechen.

Wir haben uns bei unserem Bericht an das gehalten, was wir mit eigenen Augen gesehen haben. Zu unserem und aller Berliner Leidwesen aber müssen wir gestehen: Die Bilanz ist dürftig.

SED-Schwarzhandelsring geplatzt

„Freundschafts“-Geschäft mit Exportmustern

Well ein paar Angestellte des Pankower Gesundheitsministeriums übermüht wurden, ist gleich zu Beginn der Leipziger Messe ein Schwarzhandelsring aus SED-Kreisen geplatzt. Dabei stellte sich heraus, daß in verschiedenen Ost-Ministerien und Parteidienststellen vom hohen Funktionär bis zur Betriebsgewerkschaftsleitung Exportwaren in größerem Umfang verschoben wurden. Wer das Glück hatte, einen „Eingeweihten“ gut zu kennen, der konnte zu normalen Preisen fast alles kaufen, was die Sowjetzone dem Verbraucher entziehen und in die Ostblockstaaten exportieren muß.

Seit langem war es üblich, daß auf Dienstreise in die Volksdemokratien geschickte SED- und Regierungsfunktionäre einen bestimmten Betrag von Verrechnungsrubeln mitnehmen konnten. Dieses Geld war für ihren Verbrauch während dieser Reisen bestimmt. Wer öfter nach Prag oder Warschau fuhr, ließ dieses Geld dort aber bei guten Freunden, eben tschechischen oder polnischen Funktionären, stehen, und beauftragte diese Freunde, ihrerseits bei Besuchen in der Sowjetzone mit diesen Verrechnungsrubeln einzukaufen.

So kam es, daß z. B. auf der Leipziger Messe von jenen „Freunden“ gegen Auslandspaß und Verrechnungsrubel Export-„Muster“ gekauft wurden, die dann an die ursprünglichen Besitzer des Geldes zurückwanderten. Diese revanchierten sich dadurch, daß sie genau den gleichen Verfahrensweg im umgekehrten Fall anwendeten. Auf

die von Polen und der CSR ausgegebenen Verrechnungsrubel wurde in Prag und Warschau eingekauft.

Eine weitere Bereicherung dieser Taktik war der Einkauf für die diplomatischen Missionen der SED. Die SED-Diplomaten versorgten sich in den

Volksdemokratien mit sowjetzonalen Exportwaren, die sie dann mit zurückbrachten und teilweise wieder verkauften. Auf diesem Wege kostete dann ein Rindslederkoffer 85 DM, sowjetischer Kognak pro Liter 9 DM, Kaffee pro Kilogramm 26 DM usw.

Die Sache flog auf, als zwei Referenten des Ministeriums für Gesundheitswesen unter Verzicht auf die sonst vorgeschobenen ausländischen Freunde gleich direkt mit Verrechnungsrubeln einkaufen wollten. Das Geld war über die mit den tschechischen Gesundheitsbehörden verkehrenden Angestellten dieses Ministeriums „eingespart“ worden. Ein mißtrauischer Messe-Verkäufer zeigte den Fall dann an.

Kirchen geschändet und geplündert

In mehreren Orten Sachsens — Täter entkamen stets

Berlin (DPA). Über eine beunruhigende Zunahme von Einbrüchen, Sachbeschädigungen und Brandstiftungen in Gotteshäusern in Sachsen berichtet die im Auftrage des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes herausgegebene Wochenschrift „Der Sonntag“. Bei einem Einbruch in die Trinitatiskirche von Leipzig-Angercrottendorf seien die Kollektorbüchse geplündert und Altarkerken gestohlen worden. In Mittweida hätten unbekannte Täter das Altarkreuz zerbrochen

und den alabasternen Kreuzifixus mitgenommen.

Ähnliche Einbrüche wurden aus Königshain und Zwenkau gemeldet. Dort seien der Taufstein mit Fußbodenöl übergossen und weitere Schändungen an sakralen Geräten vorgenommen worden. Der Volkspolizei in Pötschau bei Borna sei es nicht gelungen, Einbrecher zu ergreifen, die fünfmal hintereinander nachts in die Kirche eingedrungen waren und dort den Taufstein verschleppten, die Orgelpfeifen aushängten und den Perpendikel der Turmuhr entwendeten.

Als besonders alarmierend wurden Vorfälle in den Kirchenkreisen Zittau und Meißen bezeichnet, wo ein Gemeindesaal und ein Kirchturm Brandstiftern zum Opfer fielen.

Frau Prof. Fassbinder und die Jugendweihen

Berlin (KNA/Eigenmeldung). Von katholischer Seite in Berlin wird erklärt, daß sich Frau Prof. Klara Maria Fassbinder (Bonn) mit einer Äußerung in der kommunistischen „Berliner Zeitung“ zu den Jugendweihen in der Sowjetzone in scharfem Gegensatz zu der Haltung amtlicher katholischer Stellen befindet.

Frau Fassbinder nimmt mit ihrer abweichenden Meinung nicht zum erstenmal eine Außensteuerstellung ein.

175 000 wollen zurück

Aus den deutschen Ostgebieten — Neue Schwierigkeiten

Berlin (Eigenmeldung). In den letzten vier Jahren sind ungefähr zehntausend Deutsche aus den von Polen besetzten deutschen Ostgebieten nach Deutschland zurückgeführt worden. Es handelt sich zum überwiegenden Teil um Familienmitglieder, die nach dem Krieg getrennt wurden. Beim Deutschen Roten Kreuz in Hamburg sind 175 000 Deutsche aus den Ostgebieten als rückkehrwillig registriert.

Man rechnet mit einer Zahl von 200 000, die noch in Pommern, Schlesien und Ostpreußen leben. Gegenüber diesen Zahlen erscheint die Rückkehr von 10 000 in vier Jahren minimal. In der letzten Zeit sind pro Monat nur zwei Transporte mit einigen tausend Rückkehrern nach Deutschland gekommen.

In jüngster Zeit hat es außerdem neue Schwierigkeiten gegeben, da dem polnischen Roten Kreuz von der Warschauer Regierung untersagt wurde, sogenannte „Autochthone“ nach Deutschland zurückkehren zu lassen. Als „autochthon“ werden alle Deutschen bezeichnet, die in Oberschlesien und Ostpreußen leben, weil diese Gebiete von Polen als „ursprünglich polnische Lande“ beansprucht werden.

In Schlesien arbeiten die Deutschen zum überwiegenden Teil zwangsweise auf großen Gütern, und auch in Pommern hat man sie aus den Städten herausgenommen und auf dem Land zusammengefaßt. Nur in den Städten Stettin, Belgard und Swinemünde leben noch viele Deutsche.

Pankower Angebote



„Ha - ha - ha...“

Prunkhaus für roten Parteichef

Paris (AP). Eine luxuriöse Villa hat die Kommunistische Partei Frankreichs für den Parteichef Thorez in Cannes gekauft. Der Kauf des prunkvollen Hauses, in dem allein vier Empfangszimmer, sieben Schlafzimmer und drei Badezimmer sind und das etwa 340 000 DM gekostet hat, löste bei zahlreichen Mitgliedern der KP einen Sturm der Kritik aus.

Stalins Tod nicht erwähnt

Moskau (DPA). Der zweite Todestag Stalins wurde in der sowjetischen Presse nicht erwähnt. Im vergangenen Jahr brachten die Moskauer Blätter ein Bild Stalins auf der ersten Seite.

Von 46 auf 5

Neu Delhi (DPA). Die Kommunisten haben bei den Parlamentswahlen in dem südindischen Staat Andhra eine

überraschende Niederlage erlitten. Im alten Parlament hatten die Kommunisten 46 Sitze, im neuen erhalten sie nur fünf Sitze.

Moskau: Dritte Regierungsumbildung

London (AP). Der neue sowjetische Ministerpräsident Bulganin hat den Minister für die Kohlenindustrie und den Minister für die Staatsgüter „wegen ungenügender Arbeit“ entlassen und den Landwirtschaftsminister mit der Ernennung zum Minister für die Staatsgüter praktisch degradiert. Die sowjetische Regierung ist damit nach der Ablösung Malenkows durch Bulganin am 8. Februar und der Bildung eines inneren Führungsgremiums innerhalb der Regierung am letzten Montag zum dritten Male innerhalb eines Monats umgebildet worden.

Ungarinnen müssen P-Linie tragen

Wo immer der Platz der Frau in den europäischen Satellitenländern sein mag, im Haus ist er jedenfalls nicht.

Das erkennt man beispielsweise in Budapest auf den ersten Blick. Die Mehrzahl der rund 300 Taxis in der Stadt, fast die Hälfte aller Lastkraftwagen und Regierungs-Pkws (Privatautos sind in Budapest äußerst selten zu sehen) sind mit weiblichen Fahrern „bemannt“.

Darüber hinaus sind fast die Hälfte aller uniformierten Polizisten Frauen. Der Verkehr auf den Straßen wird fast ausschließlich von Polizistinnen geregelt. Sie sind in blaue Mäntel mit grauen Pelzkragen gekleidet.

Im übrigen herrscht Karl Marx als Modediktator. Seine Vorschriften werden sklavisch befolgt: man trägt die P-Linie — wobei P für Partei steht. Sie zeichnet sich durch Straßenschuhe mit niedrigen Absätzen, Baumwollstrümpfe (Nylons können sich nur die Frauen hoher Funktionäre leisten), zeitlose Röcke und losesitzende Pullover aus. Auch abends trägt man schlechte Tageskleider, am Halse hochgeschlossen mit langen Ärmeln. Selbst in Nachtclubs sieht man kein langes Abendkleid, Dekolletés sind weitgehend verpönt.

Die Hüte sind aus hartem Filz und keine Feder, kein Band oder sonstiger Schmuck beschönigt ihre reine Zweckdienlichkeit. Kopftuch und Mütze sind vorherrschend. Ohrhinge, Armbänder, Halsketten sieht man nicht. Lippenstift und Puder treten erst nach Einbruch der Dunkelheit in Erscheinung.

Trotz des „Funktionalismus“, der für den einheimischen Konsum dekretiert ist und strikt befolgt wird, können sich die sonstigen Schöpfungen der ungarischen Bekleidungsindustrie durchaus sehen lassen. Diese Modelle sind geschmackvoll und originell, aber ausschließlich für den Export vorgesehen. Die einst für ihren Chic bekannte Ungarin hat sich so zu kleiden, wie es die Partei befiehlt.

Wahlergebnis wie gehabt

Moskau (DPA). In nicht weniger als fünf der elf Sowjetrepubliken, die jetzt ihre Obersten Sowjets wählen, betrug die Wahlbeteiligung nach einer Meldung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS 99,99 Prozent.

In den sechs restlichen Republiken stimmten nach den Angaben von TASS über 99 Prozent der Wähler für die Einheitsliste.

Brücke der Kultur

Entschließung der westdeutschen Kultusminister

Die ständige Konferenz der westdeutschen Kultusminister, die diesmal in Berlin tagte, hat in einer Entschließung den Willen bekundet, alle Möglichkeiten kultureller Verbindung mit der sowjetischen Besatzungszone fruchtbar zu machen. Es heißt dazu aber ausdrücklich, die Kultusminister seien nicht bereit, mit solchen Stellen in Beziehung zu treten, die die Kultur in den Dienst ihrer politischen Absichten zwingen.

Dazu ist folgendes zu sagen: Es ist an sich zu begrüßen, daß der Kulturaustausch West-Ost intensiviert wird — allerdings nur dann, wenn es sich dabei um Persönlichkeiten handelt, die

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

nicht als Propagandisten und politische Sendlinge des östlichen Regimes anusehen sind, sondern wirklich nur um ernsthafte Wissenschaftler und Künstler.

Es hat sich ja hinlänglich erwiesen, daß Gespräche mit den Exponenten sowjetzonaler Institutionen unfruchtbar sind.

Preis Ausschreiben für Bühnenautoren

Ein Preis Ausschreiben in Höhe von 2000 Mark veranstaltet die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin. Das beste Drama soll ausgezeichnet werden, das dem Gedanken menschlicher Verständigung dient. Einsendeschluß: 31. 12. 1955.

Kundgebung für die Kriegsgefangenen

In der Frankfurter Paulskirche soll durch eine große Kundgebung für die Freilas-

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika Haus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

weil verschiedene Sprachen gesprochen werden und weil deshalb jede Basis für fruchtbare Auseinandersetzungen fehlt. Aber die reine Forschung und eine staatlich unreglementierte Kunst bilden die gegebene Grundlage, um wenigstens auf dem kulturellen Gebiet den Boden vorzubereiten für die Wiedervereinigung.

Meisterwerke der Kamera

In der Berliner Landesbildstelle in der Levetzowstraße wurde die „photokina“ eröffnet. 350 Meister-Fotografien in Schwarz-Weiß und Farben werden in zwei Stockwerken ausgestellt.

Viele Liebhaber-Fotografen wird es bis zum 20. März zu dieser Fotoschau ziehen. Neidlos werden selbst erfahrene Amateure gestehen, daß sie

hier ausgezeichneten Arbeiten gegenüberstehen.

Die Landesbildstellen der deutschen Länder sind mit einer Auslese ihrer besten Aufnahmen vertreten. Im nächsten Jahr soll die „photokina“, die ihren Sitz in Köln hat, durch eine Sonderschau der deutschen Gebiete östlich der Elbe bereichert werden.

Die Ausstellung ist bis zum 20. März täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

sung der Kriegsgefangenen an alle Gewahrsamsmächte appelliert werden. Diesen Vorschlag machte der Präsident des Evangelischen Hilfswerks für Internierte und Kriegsgefangene, Bischof Heckel.

Bundesverdienstkreuz

Frau Margarethe Hauptmann, die Witwe des Dichters, erhielt für ihre Verdienste um die Erhaltung und Pflege der Werke Gerhart Hauptmanns das Verdienstkreuz der Bundesrepublik.

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr,

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.